

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE:

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.*

### **1) Petition für einen Neu-Start der heimischen Anti-Atompolitik**

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ, Grünen und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ein gemeinsamer Antrag von SPÖ, Grünen und FPÖ, der auch von der KPÖ, wie ich höre, unterstützt wird. Ich mache es, um mir den Vorwurf der Maxie ein bisschen zu ersparen, damit ich sozusagen daherplaudere irgendwas, mache ich das sehr kursorisch, weil es geht, wie wir alle wissen einerseits, Anlassfall ist der 20. Jahrestag des größten folgenschwersten Unfalls in der Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie in Tschernobyl, mit all diesen schrecklichen Folgen, die wir in den letzten Tagen, Stunden selber an den Fernsehschirmen oder in den Zeitungsberichten gelesen haben. Durch Vor-Ort-Reportagen, die nach 20 Jahren ja auch die Folgen dieses radioaktiven Fallouts auch bei uns noch spürbar sind im Bild in unseren Breitengraden, wie wir uns erinnern dürfen, sind ja Millionen Hektar verseucht, 350.000 Menschen mussten Wohnung, Haus und alles verlassen damals, in der damals noch existierenden Sowjetunion, was ja wahrscheinlich auch mit dazu beigetragen hat, dass das kommunistische System zusammengebrochen ist. Auf die Menschen sind, darüber Streit zwischen den verschiedenen Institutionen, die Uno schätzt dies auf Grund dieser neuesten Studie auf bis zu 10.000 Menschen, Umweltschützer, Organisationen Greenpeace, Global 2000 und viele andere rechnen wesentlich höhere Todesopferzahlen, die bis an die 100.000 gehen sollen. Missbildungen an Neugeborenen sind ja auch heute nach wie vor feststellbar, auch die hohe Krebsrate, nicht nur bei Überlebenden, teil der sogenannten Liquidatoren, auch bei deren Kindern und Kindeskindern ein hohes Ausmaß an Tumoren, vor allem bei Jugendlichen und Kindern.

Die Katastrophe ökonomisch, ökologisch und gesundheitsbezogen ist ja unvorstellbar, wie wir alle wissen und deswegen habe ich das als Anlass genommen, einerseits diesen traurigen Anlassfalljahrestag zum Anlass zu nehmen, um darauf hinzuweisen, dass gerade am Wochenende in Graz beim informellen Wettbewerbsgipfel im Zusammenhang mit dem 7. EU-Wettbewerbsgipfel im Zusammenhang mit dem 7. EU-Rahmenforschungsprogramm eine Verdreifachung der Euratom-Mittel beschlossen wurde, in Aussicht genommen wurde, es geht schließlich um 123 Millionen Euro. Ich habe mit dem Kollegen Linhart von der ÖVP-Fraktion, der mich ja heute Vormittag, der selber jahrelang in der Kernenergie, Nuklearwirtschaft gearbeitet hat, mich informieren lassen, er meinte, es handelt sich dabei um Kernfusionsforschung beziehungsweise es handelt es sich dabei um medizinische Nuklearforschung. Ich gehe davon aus, auf der einen Seite geht es um eine Erhöhung der Euratom-Mittel im Rahmen der EU und der Forschungsprogramme, auf der anderen Seite mangelt es überhaupt an notwendigen EU-Initiativen und Vorsorgemaßnahmen, nicht nur für das geschädigte Großgebiet von Tschernobyl, wo man merkt auf Grund der Berichte der Betroffenen in den letzten Tagen, dass so etwas wie ein Nachsorgeprogramm überhaupt nicht in Gang gekommen ist. Selbst der Sarkophag ist wieder löchrig und brüchig und muss zum zweiten Mal eingemantelt werden. Aber was mich noch viel mehr beschäftigt hat, und da gab mir sozusagen der Fritz Grillitsch einen Anlassfall, ist, dass wir viel zu wenig, nämlich in Richtung der Bundesregierung und auch in Richtung der österreichischen Ratspräsidentschaft, Sorge tragen, dass wir auf der Basis unserer Entscheidung nach Zwentendorf und der Entscheidungen gegen die Atomkraft im Nationalrat viel zu wenig tun für die erneuerbare Energie und dass wir vor etwas stehen, wie ablesbar ist, nicht eine Entscheidung jetzt in Graz am Wettbewerbsgipfel, sondern auch am jüngsten Energiegipfel unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Merkel in Berlin, dass es wieder um so etwas geht, wie eine Renaissance der Atomkraft, weil man meint, man müsse den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren unter dem Deckmantel des Klimaschutzes, was ja schon Studien bewiesen haben, dass das nicht stichhältig sei, dass sich damit Energiepreise senken ließen und zum anderen, dass sich vielleicht der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren würde, müsse man die Atomkraft weiter und verstärkt ausbauen. Das ist die eine Seite der Medaille, die zweite ist, Österreich ist umgeben von grenznahen Atomkraftwerken, teilweise in Tschernobyltyp, die nur zum Teil erneuert worden sind, ich verweise nur auf Dukovany, auf Temelin, auf Mohovce auf

das anfällige Atomkraftwerk in den baltischen Staaten, und in der Ukraine werden demnächst auch als Reaktion auf eine mangelhafte Energiepolitik und um Unabhängigkeit gegenüber Russlands zu demonstrieren, mutmaßlicherweise elf neue AKW ans Netz gehen.

Deswegen mein gemeinsamer dringlicher Antrag, nicht nur bezogen auf den Jahrestag von Tschernobyl, dieser gemeinsame

### **dringliche Antrag,**

in Petitionsform an die Bundesregierung und die zuständigen parlamentarischen Ausschüsse heranzutreten, gerade jetzt noch in der österreichischen EU-Präsidentschaft eine entsprechende Anti-Atom-Initiative auf europäischer Ebene zu starten auf der Basis der Beschlüsse des Nationalrates für einen europaweiten Atomausstieg und auch beim abschließenden EU-Gipfel die ungerechtfertigte Förderung der Atomenergie in der EU nicht festzuschreiben zu lassen, die nur zu massiven Wettbewerbsverzerrungen am europäischen Energiemarkt führen würde und dafür Sorge zu tragen, dass die Gefahren, die durch AKW, grenznahe AKW nach wie vorhanden sind, zu bekämpfen. In diesem Sinne stelle ich diesen dringlichen Antrag in Petitionsform. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.***

GRin. Mag. **Fluch** zur Dringlichkeit: Lieber Karl-Heinz, dass du uns nicht falsch verstehst. Selbstverständlich hat die Grazer ÖVP eine ganz klare Haltung, nämlich gegen Atomkraft. Es ist heute schon viel von den Grundwerten der Grazer ÖVP die Rede gewesen; neben dem Christlich-sozialen ist das die ökosoziale Marktwirtschaft, auch der globale Marshallplan, das heißt, immer und vorbehaltlos für erneuerbare Energien, wenn wir das können. Es mag auch durchaus seine Richtigkeit haben, dass die Stadt Graz von sich aus sagt, wie sie zur Frage der Atomkraft steht und

deshalb sage ich ganz klar, ja natürlich zur Dringlichkeit, wenn es inhaltlich etwas zu sagen gibt, wird sich dann Kollege Linhart, den du heute schon zitiert hast, auch noch dazu melden. Ich kann es mir nur nicht verkneifen, ein paar kleine Anmerkungen dazu zu machen. Was nämlich sozusagen die Form des Antrags anlangt, du meinst nicht wirklich, dass wir jetzt mit einem Antrag hier im Grazer Gemeinderat noch bis zum Ende der österreichischen Präsidentschaft, nämlich innerhalb von ein paar Monaten, eine europäische Initiative starten können. Ich denke, das ist ganz klar und deswegen möchte ich einfach nur ausschließen, dass man dann sozusagen auf der Ebene, wo man eigentlich zuständig ist und dort auch etwas machen kann, nämlich auf Bundesebene, auf ÖVP-Seite wieder geprügelt wird. Denn dort gab es gestern diese Debatte und du hast ja gerade auch den Präsidenten Grillitsch zitiert, heute ist die ÖVP nicht geprügelt worden, aber wie gesagt, gerade in den Debatten auf Bundesebene bezieht eigentlich die ÖVP auch ganz klar Stellung und das möchte ich nur auch gesagt haben. Und das Zweite, ein bisschen habe ich den Eindruck, dass dich die Wegweiser der Grünen, die sie da angefertigt haben und die sehr plakativ aufgezeigt haben, wie nahe Krsko ist, dass Tschernobyl eigentlich auch nicht so weit weg ist, dass manche Stadt in Westeuropa viel weiter entfernt ist, dich auch ein bisschen beeindruckt hat und dich auch veranlasst hat, diesen dringlichen Antrag zu stellen. Ich sagt nur, wir werden dann auch beim konkreten Handeln dann reden müssen, was wir wirklich wollen. Wenn wir eine zu große Abhängigkeit auch von fossilen Brennstoffen vermeiden wollen, wenn es dann zum Beispiel wieder einmal darum geht, wie geht man mit Wasserkraft umgeht, natürlich geht es da auch um ökologische Fragen, aber wenn Slowenien daran denkt, ein Wasserkraftwerk zu errichten an der Mur und andererseits haben wir Krsko in unmittelbarer Grenznähe, muss man irgendwo einmal sagen, was man auch will und nicht nur das, was man nicht will. Das heißt ganz klar, es geht hier wahrscheinlich auch nicht um eine Debatte, um eine inhaltliche, es geht um eine Grundsatzklärung, bei dieser Grundsatzklärung sind wir sehr gerne dabei, wobei du auch den Motivenbericht nicht ganz verlesen hast, sondern dich auch noch um Kürze bemüht hast, Dringlichkeit mit einem selbstverständlichen Ja.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Kollegin hat schon gesagt, dass wir von der ÖVP natürlich zustimmen, da wir natürlich gegen den verstärkten Einsatz der Kernenergie sind und für den verstärkten Einsatz der erneuerbaren Energie sind. Wie in dem Antrag angeprangert wird, dass die Aufstockung der Atommittel unterbleiben soll, ich glaube der Antrag geht in die falsche Richtung. Denn die Verstärkung dieser Mittel für den Euratom sind bestens angelegt, denn sie dienen der Verbesserung von Sicherheitsstandards in Kernkraftwerken, sie dienen dem Strahlenschutz, sie dienen zum Beispiel der Forschung im Bereich Kernfusion, in Energiebereitstellung. Ich selbst, ich war vier Jahre lang in der Reaktorindustrie tätig und ich weiß, dass unser größter Gegner oder einer unserer größten Gegner die Auflagen der Euratom waren, also die haben es uns nicht einfach gemacht, also ich weiß aus eigener Erfahrung, wie lästig das für Errichter von Kernkraftwerken sein kann. Ich selbst war bei der Abstimmung von Zwentendorf auch dabei und ich habe damals auch, obwohl ich noch in diesem Beruf war, für die Nichtinbetriebnahme vom Zwentendorf gestimmt (*Applaus ÖVP*).

**Zwischenruf GR. Dr. Hammer:** *Wer hat das damals eigentlich politisch betrieben?*

Dipl.-Ing. **Linhart:** Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld, betrieben von Bruno Kreisky. Und wenn Sie eine geänderte Antiatompolitik fordern, liebe Damen und Herren von der Seite, die den Antrag gestellt hat, dann müssen Sie früher aufstehen. Minister Pröll hat Ihre Forderungen bereits mehr als umgesetzt, hat Initiativen zur Förderung von Alternativen von Energien gesetzt, hat einen Biomasseplan beschlossen und hat intensiv darauf gedrängt, die Steigerung der Sicherheit von Kernkraftwerken umzusetzen. Es ist eine böse Unterstellung, wenn Sie sagen, Österreich macht eine gemeinsame Sache mit der Atomlobby. Ich glaube, das haben wir über Jahre schon gezeigt, dass das nicht so ist. Dürrenmatt greift diese Problematik in der Komödie „Die Physiker“ auf, dass einmal Gedachtes und Entdecktes nicht rückgängig gemacht werden kann, das heißt, wir werden die Kernkraftwerke sicher nicht abstellen

können, es werden sogar mehr werden. Aber wir müssen schauen, dass wir das Beste daraus machen und um der Rüge des Herrn Bürgermeister neuerlich zu entgehen, sage ich was ich nicht, von dieser Wichtigtuerei, nämlich das Stellen dieses Antrages, halte. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie haben das alles verstanden.

GRin. **Rücker**: Ich werde eh nicht viel sagen, weil ich bin jetzt ganz baff über die Stellungnahme der ÖVP, das heißt, wenn ich es richtig verstanden habe, nachdem man das nicht mehr rückgängig machen kann, schauen wir, dass wir es möglichst stark nach vorne betreiben die Atompolitik. Also tut mir Leid, ich bin froh, dass der Antrag gestellt wurde, wir unterstützen ihn natürlich und wir hoffen, dass irgendwann auch die ÖVP die Bedeutung dieses Antrages erkennen wird.

GR. **Herper**: Ich will auf den Kollegen Linhart inhaltlich nicht eingehen. Es ist keine Wichtigmacherei, es ist eine wichtig Angelegenheit für uns alle und wir alle wissen aus den Erfahrungen von Tschernobyl und vielen anderen Störfällen und Reaktorunfällen, dass vor allem die Länder, ganz gleich welcher politischen Konsequenzen in Europa gezogen haben. Mit Ausnahme Frankreichs gibt es in fast allen europäischen Staaten derzeit noch De-facto-Moratorien. De-facto-Moratorien und konkrete Ausstiegspläne in der Bundesrepublik Deutschland und in Nordeuropa. Vor was wir aber jetzt stehen, ist eine Neuausrichtung, das ist bemerkbar nicht nur aus der Politik im Rahmen der EU, sondern auch auf nationaler Ebene und um das geht es uns. Und wir haben einen gemeinsamen österreichischen Standpunkt aller Parteien und um diesen gemeinsamen Standpunkt geht es, Kollege Linhart, und den geht es fortzusetzen und vor allem im Interesse unserer gemeinsamen Sicherheit unserer Kinder und unserer Kindeskinde angesichts der grenznahen AKWs, die alle

Gefährdungspotential besonderer Art sind. Und in dem Sinne bitte um Unterstützung (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## **2) Ausstellung von Individualbescheiden aus dem Behindertengesetz in einer barrierefreien Sprache**

GRin. **Felbinger** stellt namens der ÖVP und der KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Menschen, die eine Leistung aus dem Behindertengesetz zugesprochen bekommen, erhalten einen Bescheid der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde. In diesem ist festgehalten, welche Leistung zugesprochen und in welchem Ausmaß diese bewilligt wird. Dies hat große Bedeutung für die Betroffenen, da diese Leistungen ihren Lebensalltag und die Wohn- und Arbeitssituation beeinflussen. Bei einem Ergebnis, welches nicht den Erwartungen und Bedürfnissen der Menschen entspricht, können die Betroffenen innerhalb einer bestimmten Frist Berufung einlegen.

Das Problem für Menschen mit Lernschwierigkeiten und geistiger Behinderung besteht oftmals darin, dass die Formulierungen in einem Bescheid sehr komplex und kompliziert abgefasst sind, sodass sie inhaltlich nicht verstanden werden können. In so einem Fall verstreicht oftmals die Berufungsfrist.

Seit Bestehen des neuen Behindertengesetzes gibt es sehr viele Initiativen im Bereich der Behindertenarbeit, die eine Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ermöglichen sollen. Das ganze Gesetz wurde in einer sogenannten „Leichter-lesen“-Version aufbereitet. Dies bedeutet, dass alle relevanten Paragraphen in leicht verständlicher Sprache abgefasst sind, damit die Inhalte für alle Menschen verständlich sind.

Im Sinne von Gleichstellung gibt es die Möglichkeit, dass auch diese Individualbescheide in einer barrierefreien Sprache abgefasst werden können, damit sie von Menschen mit Defiziten inhaltlich erfasst und verstanden werden.

Ich stelle daher im Namen der Fraktionen von KPÖ und ÖVP folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen des Magistrates mögen mit dem Land Steiermark in Verbindung treten, um im Sinne von Gleichstellung von Menschen mit Behinderung Bescheide aus dem Steiermärkischen Behindertengesetz in einer für alle Menschen verständlichen Sprache abzufassen (*Applaus KPÖ*).

GRin. Dr. **Sprachmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Behinderte Menschen sind immer von nicht behinderten Menschen in vielen Bereichen benachteiligt und die SPÖ ist immer dafür eingetreten, diese Benachteiligungen zu beseitigen. Frau Gemeinderätin Kirsten Felbinger hat ebenfalls in ihrem Antrag bereits erwähnt, es sind viele Maßnahmen entstanden, es ist das neue Behindertengesetz auf Grund von der Initiative von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Kurt Flecker entstanden und wir treten für viele Bereiche ein, damit einfach die Alltagssituation der behinderten Menschen erleichtert wird. In diesem Sinne der Antrag ist ein Antrag für die Behinderten, zugunsten von den Behinderten und wir stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Hohensinner** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Kirsten! Das Landesbehindertengesetz ist ein sehr gutes Gesetz

und es war keinesfalls irgendwie ein Angriff, der Herr Dr. Flecker hat da eine gute Arbeit geleistet, aber man kann immer wieder auch was verbessern, wenn es im Sinne von Menschen mit Behinderung ist. Einige Verbesserungen hat es bereits gegeben, eine haben wir im letzten Gemeinderat vollzogen, wie wir eine gemeinsame Petition an den Landesgesetzgeber gerichtet haben, um die Berufungsfrist von zwei Wochen auf vier Wochen zu verlängern. Lieber Kirsten, du hast es wirklich sehr klar und leicht verständlich vorgetragen, aber wir zwei haben ja ein Beispiel vorbereitet, damit das vielleicht für Sie noch leichter zu verstehen ist. Wir teilen uns die Mikrofone und zwar, wir haben einen Bescheid hier und Frau Muster, geboren am, wird gewährt. Hilfe zum Wohnen in Einrichtungen durch Übernahme der Kosten für vollzeitbetreutes Wohnen gemäß großes I.A. der Anlage 2 der Leistungs- und Entgeltverordnung, kurz LEVO, leichter verständlich wäre es gemacht mit...

GRin. **Felbinger**: Wohnen in Einrichtungen bedeutet: Es wird die Unterkunft, die Verpflegung und die Betreuung bewilligt und bezahlt. Bei in Vollzeit betreutem Wohnen haben Sie viel Betreuung und Unterstützung beim Wohnen und in ihrer Freizeit.

GR. **Hohensinner**: Ein zweites Beispiel bei der Rechtsmittelbelehrung. Gegen diesen Bescheid ist eine Berufung zulässig, welche gemäß § 63 Abs., ich lese das jetzt nicht weiter, das ist ein Paraphendschungel, binnen zwei Wochen, da ist der Punkt hoffentlich bald binnen vier Wochen, gerechnet vom Tage der Zustellung des Bescheides an.. schriftlich bei der Bezirkshauptmannschaft einzubringen wäre. Als schriftlich gelten auch telegrafisch, mit Telefax und im Wege der automationsunterstützten Datenverarbeitung, das habe ich auch noch nie gehört, eingebrachte Berufung...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Hohensinner**: Ja, Internet wäre leichter, aber... Sie lesen das ja öfter, Sie erstellen ja...

Bgm.-Stv. **Ferk**: Gemeinderat Hohensinner, wir sind ja eh schon am Rande der Geschäftsordnung, weil Sie im Doppelpack hier vorne am Rednerpult stehen. Ich mache da gerne eine Ausnahme, aber jetzt bleiben wir dabei bei der Sache und schauen, dass wir das so sachlich drüberbringen.

GR. **Hohensinner**: Ich verzichte, diese Rechtsmittelbelehrung jetzt noch weiter auszuführen und bitte um die leichter verständliche Version.

GRin. **Felbinger**: Wenn in Ihrem Bescheid steht, dass Sie die gewünschte Leistung nicht bekommen, können Sie Einspruch erheben. Sie haben dafür zwei Wochen Zeit. Sie müssen den Einspruch an diese Stelle, die Ihnen den Bescheid ausgestellt hat, schicken.

GR. **Hohensinner**: Wir bitten um eine breite Zustimmung. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Stellen Sie sich vor, bei der Flut von Anträgen, machen wir das im Doppelpack, wie schnell wir fertig werden.

GRin. **Felbinger**: Ich danke Ihnen allen für Ihre Unterstützung im Sinne von Normalisierung und im Sinn von Gleichstellung (*Applaus KPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

### **3) Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7**

GR. **Schmalhardt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Die öffentliche Diskussion über das „Demokratiepaket“ der Stadt Graz hat gezeigt, dass eine Festlegung des Gemeinderates über die Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder dringend erforderlich ist. Diese Festlegung sollte jetzt erfolgen und in den Forderungskatalog einfließen, den wir im Zusammenhang mit der Reform des Statuts der Stadt Graz an den Landesgesetzgeber richten.

Es ist nämlich nicht gut für den Gedanken einer mit echten Einsparungen verbundenen Reform der demokratischen Einrichtungen unserer Stadt, wenn es hier weitere Unklarheiten gibt. Das haben die entsprechenden Zeitungskommentare bewiesen. Übrigens müssten wir heute nicht mehr über die Reduzierung im Stadtsenat diskutieren, wenn man im Jahr 1998 dem Vorschlag von Ernest Kaltenegger gefolgt wäre und die Abspeckung von 9 auf 7 StadträtInnen zugestimmt hätte. Damals ist der entschiedenste Widerstand gegen dieses Sparpaket von der FP gekommen, weil sie auf einen Stadtsenatssitz verzichten hätte müssen.

Wir bekräftigen unsere prinzipielle Haltung, dass im „Demokratiepaket“ die Minderheitenrechte für alle Gemeinderatsfaktionen und die Bezirksdemokratie nicht eingeschränkt werden dürfen.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ den

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat beschließt, dass in der Petition an den Landtag, der das „Demokratiepaket“ für die Stadt Graz umfasst, die Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7 vorzusehen ist. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Sepp Schmalhardt! Ich habe dich auch schon besonders geschätzt, als du noch nicht Klubobmann warst, ich habe da keine Änderung vorgenommen, ich kann auch deinen Ausführungen durchaus inhaltlich schlüssig folgen. Das gelingt auch Karl-Heinz Herper, in dessen Namen ich hier auch mein Wort ergreifen darf. Nur eines muss ich festhalten: Es hat bereits einen dringlichen Antrag vor einem halben Jahr oder einem Jahr hier gegeben zu diesem gesamten Demokratiepaket, das Gemeinderat und Stadtsenat betrifft und dieser Antrag ist in qualifizierter Behandlung und zwar durch die Mitglieder des Verfassungsausschusses beziehungsweise des Unterausschusses, der sich gebildet hat, und auch die Klubobleute nehmen immer wieder an diesen Beratungen teil. Und erst kürzlich hat es eine Klubobleutekonferenz gegeben, die ich mir erlaubt habe anzuregen, der auch alle gefolgt sind, worüber ich mich sehr gefreut habe und es hat dort eine Information auch über den ganz aktuellen Stand der Dinge gegeben. Ich darf das dem Gemeinderat nicht vorenthalten, vielleicht hast du das nicht allen von deiner Fraktion erzählt, das war jetzt kein Vorwurf, aber es ist eine Gelegenheit, das allen jetzt auch zu sagen. Karl-Heinz Herper hatte zuvor, vor dieser Klubobleutekonferenz, Karl-Heinz Herper und ich, Gelegenheit, mit unseren Kollegen im Landtag zu sprechen, denn was immer hier beschlossen wird, die eigentliche Beschlussfassung ist durch ein Landesgesetz notwendig für das, was wir möglicherweise hier vorhaben. Und dort ist eine Information erfolgt, wie bei uns die Dinge hier beurteilt werden, ist kein Geheimnis, bis auf die Verringerung beziehungsweise eine Korrektur beim Stadtsenat gibt es keineswegs Einstimmigkeit oder zeichnet sich auch keine ab, das war jetzt nur ein Zwischenbericht, aber du berichtest selber von dem Demokratiepaket, es wird nicht nur eine Maßnahme enthalten müssen, es werden sicher ein paar Dinge zu sein

haben und jetzt mit einer Maßnahme vorab sozusagen ins Finale zu gehen, ist unökonomisch und vor allem auch nicht dringlich, denn wir werden die Gespräche und Verhandlungen nach dieser Klubobleutekonferenz in diesem Unterausschuss wieder aufnehmen. Und ich stimme mit Dir auch noch einmal überein, dass es selbstverständlich vom Bürger, vom Wähler der Stadt Graz, erwartet wird, dass auch der Bereich der Politik einen Beitrag zur Konsolidierung des Budgets leistet. Wie beachtlich der sein kann und wird, das werden auch noch die Gespräche ergeben. Ich glaube aber wirklich, in dieser Klubobleutekonferenz haben wir im Übrigen auch über die Behandlung und die Gestion mit dringlichen Anträgen gesprochen und uns darauf verstanden, dass wir die nicht überborden lassen, kein Abbruch der demokratischen Rechte selbstverständlich, auch wir nehmen in Anspruch, dringliche Anträge zu stellen, weil ein Vorschlag, das möchte ich dem Auditorium auch nicht vorenthalten, ok wir sind zu Reformen bei den Dringlichen bereit. Die Stadtsenatsparteien dürfen keine mehr stellen, nur mehr die Parteien, die in nicht im Stadtsenat vertreten sind, also ich wollte das nur zum Besten geben, so kann es natürlich auch nicht sein. In diesem Sinne schließlich ich mit der Conclusio, die Angelegenheit ist in qualifizierter Beratung und Behandlung und daher ist keine Dringlichkeit zu diesem Zeitpunkt gegeben. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Sepp Schmalhardt! Vorweg sparen auch in der Politik, das sehen wir auch so. Nicht wir waren es, die die Dienstposten in den politischen Büros ganz ordentlich erhöht haben, nicht wir waren es, die die Bezüge in den StadträtInnenbüros, die die Gehaltspyramide vom Bund herunter in dieser Form unbedingt befürwortet haben. Wir waren es, die Vorschläge eingebracht haben, was die Parteienförderung zum Beispiel anbelangt, ein degressives Modell, das gerechter wäre und das auch einsparen würde, Wolfgang Riedler ist von euch immer wieder abgelehnt worden, vielleicht könnt ihr das doch noch einmal auf die Tagesordnung nehmen, wenn Ihr überlegt, wie die Politik sparen kann. Ich sage es ganz ehrlich heraus, wir haben im Klub keine ganz einheitliche Meinung, was die Reduzierung in der Stadtregierung und die Reduzierung im Gemeinderat anlangt, meine Position ist die, man kann ohne weiteres darüber reden, man kann es auch beschließen, vorausgesetzt, es gibt ein schlüssiges Konzept

dafür. Und die Zahl sieben allein, sieben statt neun allein oder das, was man jetzt als Osterei lesen konnte, fünf plus zwei statt neun, diese Zahlen allein sind zu wenig. Es kann sein, dass es ein schlüssiges Konzept gibt, das die Ressortverteilung in der Stadtregierung mit sieben Personen gut und sinnvoll machbar ist, dann sollen es sieben sein. Es kann sein, dass sich herausstellt, neun sind besser, weil Ressorts zu groß werden, was immer, dann sollen es neun sein, dann kann man vielleicht schauen, ob man bei den Gehältern ein bisschen runter geht und dort einspart oder in den Büros ein bisschen runter geht und einspart. Sieben statt neun allein als Formel klingt für mich ein bisschen so wie Handeln statt Reden oder wie EU-Gipfel, nein danke, EU-Gipfel, nein danke, ist für mich eines der tollsten Plakate, die momentan in der Stadt herumhängen.

***Zwischenruf unverständlich.***

Mag. **Candussi:** Nein, das ist nicht von uns, EU-Gipfel, nein danke, ist für mich, durchaus kritisch gegenüber dem, was auch manchen EU-Gipfel beschlossen zu werden droht, aber mit der gleichen Logik, ich meine, es gibt vielleicht einzelne Leute, für die ist auch manche Gemeinderatssitzung oder die Ankündigung einer Gemeinderatssitzung so etwas wie eine gefährliche Drohung. Ich warte darauf, dass die KPÖ irgendwann einmal plakatiert, Gemeinderatssitzung, nein danke. Das passt so in diese Formel, das ist für mich ungefähr gleichbedeutend wie die bloße Formulierung sieben statt neun. Fünf plus zwei statt neun, wie es zu hören war, klingt irgendwie logischer, da ist weniger der Populismus der Hintergrund, sondern da sagt man, KPÖ raus aus der Stadtregierung, politisch schaffen wir es nicht, also machen wir es irgendwie strategisch, taktisch und zwei Posten behalten wir uns, die könnten irgendwie dann Leute von uns nehmen, da haben wir nämlich die Parteisekretariate auf Magistratskosten, da haben wir zwei Stadträte, die auf Magistratskosten Parteiarbeit leisten können, wäre auch nicht schlecht. Wie gesagt, alle diese Wege können es nicht sein, wir erwarten uns, dass es ein Konzept gibt, wo es heißt, nicht die Zahl allein, sondern die Ressortverteilung dazu wäre interessant, das Gleiche gilt

übrigens für die Verkleinerung des Gemeinderates, wenn schlüssig nachgerechnet wird, dass in allen Ausschüssen die Arbeiten von Leuten im Nebenberuf noch bewältigt werden kann, wie es ja sein soll, dann soll es eine Verkleinerung sein, wenn nicht, dann nicht. Ich denke, man kann durchaus, das sage ich jetzt als Nicht-mehr-Klubobmann, durchaus beim Gemeinderatsbezug zum Beispiel ein wenig heruntergehen, denn als normaler Gemeinderat habe ich deutlich weniger Arbeit zu erledigen, als ich es als Klubobmann hatte zum selben Bezug und ich fände es zum Beispiel auch gerecht, obwohl es furchtbar unpopulär ist und deshalb von der KPÖ wahrscheinlich gescheut wird, wie der Teufel das Weihwasser scheut, darüber zu reden, dass Klubobleute hier im Hause durchaus einen höheren Bezug verdienen würden, als sie ihn haben. Ich denke, das kann man durchaus sagen und ich glaube, da kriege ich nicht nur die Zustimmung der Klubobleute. Soviel dazu, deshalb von uns keine Zustimmung zu diesem Antrag. Legt uns bitte Konzepte vor, wie das Ganze strukturell aussieht und dann sind wir gerne bereit, darüber zureden und auch gerne bereit, auch im eigenen Bereich zu sparen. Danke.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir werden der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, denn das, lieber Sepp Schmalhardt, ich meine, das ist reiner Populismus. Wir verhandeln das Ganze, aber ich würde jetzt wirklich vor allem die zwei großen Regierungsparteien ersuchen, nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag, wir haben dieses Thema das letzte Mal, Peter, nicht wirklich angesprochen und wir wissen, dass es eine Gesetzesänderung erforderlich macht und eine Gesetzesänderung geht nicht von heute auf morgen und das Jahr 2008, wenn wir wieder in Graz zur Wahl schreiten, ist nicht mehr so weit entfernt. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass eine Reduzierung das letzte Mal an der FPÖ gescheitert sei, ich möchte aber daran erinnern, dass wir einst elf Stadtsenatsmitglieder hatten und wir damals die treibende Kraft waren, dass wir nur mehr neun haben. Ich will mich jetzt auch gar nicht auf eine Zahl festlegen, ich denke auch, dass man nicht nur einfach an einer Zahl diskutieren kann, sondern dass man sich das genau anschauen muss. Die Tendenz, dass man also irgendeine Lösung versucht, damit die KPÖ nicht wieder hineinkommt, die sehe ich schon auch, aber ich denke ganz wichtig ist es, der Bevölkerung ein Zeichen zu setzen, dass nicht nur

Schulen zugesperrt werden, Bibliotheken zugesperrt werden, was auch immer, jedenfalls dort gespart wird, wo es den Bürger trifft, sondern wir haben ein ganz deutliches Zeichen hier zu setzen, dass auch dort gespart wird, wo es die Politik trifft und darum geht es.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Danke, jetzt verschweige ich mich, weil ich müsste was sagen. In den anderen Gebietskörperschaften, wie das gerade stattfindet, wo die FPÖ noch in Regierungsfunktion ist, oder heißt das jetzt BZÖ...

GR. **Schmalhardt**: Ich glaube, da muss ich schon was dazu sagen zu der Wortmeldung vom Kollegen Piffel. Lieber Herr Klubobmann, nicht wir waren die, die die Diskussion der Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder zum jetzigen Zeitpunkt in die Öffentlichkeit getragen haben, das waren andere Herren hier im Haus und Damen, das war der Herr Bürgermeister und andere, die das aktualisiert haben und wir wollten nur mit dem dringlichen Antrag daran erinnern, dass wir, glaube ich, 1997 diese Forderung aufgestellt haben. Uneingeschränkt und ohne Rücksicht, ob wir einen Stadtrat verlieren oder nicht, ich glaube, das wissen alle hier im Haus und darum kommt es zu dieser Forderung und ich bedanke mich bei der Wortmeldung von der Maxie Uray-Frick, in Wirklichkeit hast du mir Recht gegeben und uns geht es auch darum, ein sichtbares Zeichen zu setzen, auch hier zu sparen und nicht herumlamentieren, da müssen wir reden. Ich bin jetzt seit bald drei Jahren im Gemeinderat und seit drei Jahren die gleichen Argumentationen von den beiden Klubobleuten, wir müssen reden, wir müssen eine Klubobmännerkonferenz machen. Wir reden, wir kommen nicht weiter, wir müssen einmal zu dem stehen, was wir wollen und das wäre eine Gelegenheit gewesen, ein Zeichen zu setzen, einen Teil des Demokratiepaketes abzuhaken, dann hätten wir über diesen Punkt nicht mehr tagelang und monatelang reden können. Ich befürchte, dass wir in die nächste Gemeinderatsratswahl gehen und wieder keine Lösung gefunden haben. Danke (*Applaus KPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Verkauf des Kanalnetzes**

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Kanal zum Dritten und jetzt gehe ich noch einmal auf die Nerven, aber nachdem das CPC-Stück heute leider nicht auf der Tagesordnung ist, glaube ist, ist es das letzte Mal, dass ich da herausgehe, schade. Ich stelle hier einen dringlichen Antrag, es geht, wie alle wissen, um, da steht leider Verkauf des Kanalnetzes drüber, das haben wir falsch formuliert, um die Auslagerung des Kanalnetzes. Wenn man der erst kürzlich präsentierten, mittelfristigen Budgetprognose für die Stadt glaubt, dann müssen wir bis 2010 noch durchbeißen, müssen 500 Millionen Euro Budgetloch bewältigen, und dann soll es wieder bergauf gehen. Dazwischen liegt aber noch ein Jahr, nämlich ein wichtiges Jahr für den Gemeinderat, das ist das Jahr 2008, weil dort ja auch wieder eine Wahl stattfindet, das heißt, das große Löcherstopfen geht in die Endrunde. Aber nicht etwa deshalb, weil wir jetzt bald saniert sind, sondern weil wir auch am Ende sind mit unserem Stopfgarn.

Vor diesem Hintergrund ist es auch etwas besser zu verstehen, dass der drohende Verkauf des Kanalnetzes noch unbedingt heuer, spätestens aber im Jahr 2007 und am besten unter so lang wie möglichem Ausschluss des Gemeinderates erfolgen soll. Immerhin geht es um kolportierte 130 bis 150 Millionen Euro Einmal Erlös für den Stadtsäckel. In der Darstellung der Haushaltsentwicklung im Jahr 2007/2008 ließe sich so erstmalig eine positive Entwicklung, was das Defizit anbelangt, darstellen. Das wiederum sich sehr günstig auswirken kann in einem Wahlkampf, wenn er

gut ausgeht, ist die Folgearbeit sowieso durch wen anderen zu erledigen, und das nennen wir auch tatsächlich mittelfristige Finanzplanung, denn was nach 2008 kommt, ist ja aus heutiger Sicht ja nicht wirklich relevant.

Solche Ideen könnten jemandem kommen, der oder die sich vor dem Hintergrund der täglich stärker spürbaren Nervosität der Regierungsparteien mit dem Budget der Stadt Graz beschäftigt. Doch nicht immer sollte eine Gemeinderätin und schon gar nicht aus der Opposition, immer das Schlechteste denken, sondern wir denken nur das Beste: Alle in der Stadt Graz verantwortlichen PolitikerInnen wollen eine Lösung für das finanzielle Fiasko, in dem wir stecken. Und da soll der Verkauf des Kanals zuerst an eine eigene wieder neu zu gründende Gesellschaft und später dann an die Stadtwerke (was übrigens auch schon im „Weisenrat“ auch einmal vorgeschlagen wurde) eine mögliche Lösung sein. So weit, so gut. Aber Antworten auf die Fragen, wie diese einschneidende Maßnahme langfristig auf die Grazer Stadt wirkt, welche wirtschaftlichen und gemeinwesenorientierten Überlegungen im Hintergrund stehen, welche weiteren Schritte notwendig sind, um die Grundversorgung der GrazerInnen nachhaltig sicherzustellen, bleiben sowohl gegenüber dem Gemeinderat als auch gegenüber der Grazer Bevölkerung unbeantwortet. Auf diesen Mangel an Transparenz gegenüber den Betroffenen, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt haben wir in einem dringlichen Antrag Mitte Februar klar hingewiesen und keiner hat unser Anliegen als dringlich erkannt, keine der Parteien, während wir mittlerweile den Medien entnehmen müssen, in welche Richtung es gehen soll.

Wir haben die Erfahrungen aus dem Verkauf des Energiesektors der Stadtwerke und die laufend im negativen Sinn spürbaren Folgen von sukzessiven Auslagerungen von wesentlichen Vermögenswerten, aber auch Aufgaben aus dem Eigentum der Stadt Graz, die uns zeigen, dass eine frühzeitige und transparente Information und eine breite Meinungsbildung aller politischen EntscheidungsträgerInnen, aber eben auch der Bevölkerung, über solch weit reichende Vorhaben wichtig ist.

Die von der Stadtregierung bewusst gewählte Vorgehensweise hier in diesem Fall das erscheint uns etwas undemokratischen und wir wollen nicht, dass das tagespolitische Praxis in Graz wird.

Aus diesem Grund stelle ich heute namens der Grünen – ALG den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, einen Gesamtbericht über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für den Verkauf des Kanalnetzes einschließlich einer politischen Bewertung durch die zuständigen StadtsenatsreferentInnen sowie eine Stellungnahme des Stadtrechnungshofes auszuarbeiten und dem Beteiligungsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Vorberatung vorzulegen. So mein dringlicher Antrag und ich ersuche um Unterstützung.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Dringlichkeit: Ich bin jetzt dir gegenüber im Vorteil, du hast deinen dringlichen Antrag ja schon lang vorher vorbereiten müssen, konntest daher nicht wissen, dass diese Fragen ja erfüllend von Bürgermeister und mir beantwortet wurden. Aus meiner Sicht ergibt sich aus diesen Antworten, dass die Dringlichkeit nicht mehr gegeben ist.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**5) Abzahlung von Schulden in Höhe von 1.200 Millionen Euro**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Kollegen! Seit Jahren ist allgemein bekannt, dass die Finanzsituation der Stadt Graz beängstigend ist. Der Schuldenberg hat mittlerweile die unvorstellbare Höhe von 944 Millionen Euro erreicht. Den Pessimisten und Schwarzmalern, die bereits Schreckensszenarien an die Wand malen und das Schlimmste befürchten, wird entgegengehalten, dass man ohnehin sehr bemüht sei. Beschwichtigend wird vom Finanzreferenten in einer Tageszeitung darauf hingewiesen, dass man schon bei 1,6 Milliarden angelangt wäre, wenn man keine Korrekturen vorgenommen hätte.

Der Finanzreferent erklärt uns auch, dass der Schuldenstand zeige, wie wichtig Einsparungen sind und betont, dass Graz in den letzten beiden Jahren 70 Millionen an Ausgaben eingespart habe. Dennoch werde, so der Finanzreferent, der Schuldenstand noch weiter wachsen und zwar noch drei Jahre lang, bis er eine Höhe von 1,2 Milliarden im Jahre 2010 erreichen werde.

Mit anderen Worten könnte man also sagen, dass die Haushaltskonsolidierung erst in drei Jahren so richtig greifen wird, erst ab 2010 werden uns Sparpakete eine ausgeglichene Bilanz bescheren. Was allerdings nicht klar ist, ist die Frage, wie die Schulden dann abgebaut werden sollen.

Da ich die Beantwortung dieser Frage angesichts der dramatischen Situation und der prognostizierten Schulden der Stadt Graz in Höhe von 1,2 Milliarden im Jahre 2010 als dringlich erachte, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Bürgermeister und der Finanzreferent ersucht werden, dem Gemeinderat längstens bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause einen detaillierten Bericht vorzulegen, wie die Abzahlung des Schuldenberges in Höhe von derzeit 944 Millionen und prognostizierten 1,2 Milliarden Euro erfolgen soll.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister! Ich habe den Ball, Peter, aufgenommen, ich spreche nun auch in deinem Namen, wenn ich darf, wir machen das gemeinsam. Ich hätte mir gewünscht, lieber Harald Korschelt, dass du ja als eifriger Mitgestalter der Finanzausschüsse ja eigentlich das alles intus hättest, warum und wieso das so ist, wie es ist, aber dass du die Frage stellst, erkläre ich dir sie noch einmal. Aus logischen wirtschaftlichen Überlegungen heraus kann der Abbau der Schulden erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Neuverschuldung gestoppt ist. Mit anderen Worten, je früher wir den Gesundungsprozess der Stadtfinanzen schaffen, desto früher stehen die Mittel zur Verfügung, um Schulden abzubauen, ist eigentlich logisch. Gehen wir davon aus, dass der vom Finanzstadtrat angepeilte Weg, nämlich 2010 in der AOG ohne Defizit und damit Neuverschuldung, hält, dann kann als nächster Schritt ab diesem Zeitpunkt mit dem Abbau der Verschuldung begonnen werden. In welchem Ausmaß diese Schulden bis wann reduziert werden können, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt natürlich nicht gesagt werden. Es kann der 27. März 2021 sein, der 30. April 2035 oder auch der 8. Juli 2039, was wir mutmaßlicherweise alle politisch sowieso nicht erleben werden. Das ist auch insofern im Moment nur zweitrangig. Es geht also darum, überhaupt den Handlungsspielraum in und mit dieser Stadt wieder zu gewinnen, um einerseits in Zukunft wieder verstärkt Investitionen zu tätigen, den Schuldendienst zu bedienen und gleichzeitig die Verschuldung abzubauen. In diesem Sinne ist die Frage des Schuldenabbaus nicht dringlich, sondern dringlich ist, sukzessive die Neuverschuldung auf Null zu verringern, das ist, glaube ich, das Hauptmoment derzeit der politischen Arbeit, und dazu beizutragen sollen jene Budgeteckwerte für die nächsten Jahre, die unserer Meinung nach noch im Mai beschlossen werden sollen, daher lehnt die SPÖ und die ÖVP die Dringlichkeit dieses Antrages ab. Vielleicht noch ein kleines Postskriptum, lieber Harald Korschelt, du kannst nichts dafür, du bist da neu eingerückt, aber hätte die FPÖ den angesprochenen Schuldenabbau schon damals begonnen, nämlich rechtzeitig uns im Dezember 2001, und nicht die Zustimmung zum Budget 2002 gegeben, dann hätten wir

vielleicht schon die dramatische Entwicklung, vor der wie ja jetzt stehen, schon früher und rechtzeitig angehen können. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **6) Petition für eine Sicherheitswacht**

GR. **Lozinsek** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Lozinsek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um eine Petition an den Bundesgesetzgeber zur Einrichtung oder zur Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer sogenannten Sicherheitswacht nach bayrischem Vorbild.

Im Jahr 2002 sorgte die sogenannte Bürgerwehr in Graz für Aufsehen. Eltern von schulpflichtigen Kindern wollten nicht länger zusehen, wie im Umfeld von Schulen Streetworker ihr Geschäft anzubahnen versuchten. Die Professionisten, sprich die Polizei, erklärte damals, sich des Problems bewusst zu sein, jedoch auf Grund personeller Engpässe nicht überall vor Ort sein zu können. Gleichzeitig meldeten sich auch unzählige Bürger zu Wort, die sich über die zunehmende Kriminalität in den öffentlichen Parkanlagen besorgt zeigten und ebenfalls mehr Sicherheitspersonal forderten. Mangels Unterstützung durch Medien, der Politik und in weiterer Folge dann durch die Exekutive selbst, scheiterte das Engagement dieser freiwilligen Truppe.

Heute, vier Jahre danach, haben sich die Wogen geglättet und das Bewusstsein auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit scheint sich gewandelt zu haben.

Öffentliche Ordnung und Sicherheit muss nicht mehr ausschließlich Aufgabe der Exekutive allein sein, zumindest lassen Initiativen von ÖVP und SPÖ den Rückschluss zu, die mittlerweile in Randbereichen Assistenzeinsätze von „Privaten“ oder anderen öffentlichen Einrichtungen fordern beziehungsweise unterstützen.

Die Prüfung einer möglichen Einführung eines Ordnungsamtes nach deutschem Vorbild durch die Magistratsdirektion hat jedoch ergeben, dass die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen, Hinweis auf die Bundesverfassung, einem effizienten Einsatz solch einer Magistratstruppe entgegenstehen. Unter den gleichen Bedingungen scheint der geplante Einsatz von „Arbeitslosen mit Einschränkungen“ im Bereich Univiertel mehr als problematisch.

Wie es funktionieren kann, zeigt die sogenannte Sicherheitswacht in einigen deutschen Bundesländern, vor allem jedoch in Bayern. Ich habe diesbezüglich auch eine Beilage dem Antrag beigelegt.

Mittlerweile auch von unzähligen Politikern anderer österreichischer Bundesländer, vor allem ÖVP-Politikern, auch SPÖ-Politikern, wie ich höre, aber auch von namhaften Vertretern der Exekutive wie dem Sicherheitsdirektor von Vorarlberg gefordert, scheint die Zeit reif zu sein auch in Österreich die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, damit Städte und Gemeinden auf diese sinnvolle und effiziente Ergänzung im Bereich der öffentlichen Sicherheit zurückgreifen können.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklub den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Stadt Graz wendet sich im Petitionswege an den Bundesgesetzgeber, die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einführung einer Sicherheitswacht nach bayrischem Vorbild zu schaffen.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, werte Gäste! Ich begrüße vor allem den Obmann der Interessensgemeinschaft sicheres Univiertel, Georg Willinger, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*). Graz hat eine sehr hohe Lebensqualität, die Lebensqualität in unserer Stadt aufrecht zu erhalten und auszubauen, ist ein Hauptanliegen der Grazer ÖVP, ich gehe davon aus, dass es im Interesse aller Parteien ist. Wir alle wollen der verstärkten Lärmentwicklung entgegenwirken, wir alle wollen dem Vandalismus entgegenwirken, wir alle wollen der Verschmutzung entgegenwirken. Im Univiertel und im Stadtpark haben wir Handlungsbedarf, da sind wir uns alle einig und genau aus diesem Grund haben sich am 19. April Betroffene, nämlich Anrainer, Studenten und Wirte, zu einem Verein zusammengeschlossen. Ziel dieses Vereines ist, die Firma Leo zu beauftragen. Ich sitze selbst in dem Verein und bedanke mich heute für diese Möglichkeit, kurz über diesen Verein zu berichten. Leo bildet gerade drei Mitarbeiter aus, die im Arbeitsmarkt durch ihr gehobenes Alter als schwer vermittelbar gelten. Die Schulungsschwerpunkte liegen in einer Mediationsausbildung, darüber hinaus werden die Mitarbeiter in der psychologischen Gesprächsführung geschult. Die Firma Leo wird somit mit sanften Mitteln für eine erhöhte Lebensqualität sorgen. In der Entwicklung dieser Initiative war stets die Polizei auch eingebunden und finanziert soll das Ganze werden von drei Stellen, nämlich von der Stadt Graz, von den Wirten und vom AMS. Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lozinsek, Sie bezeichnen in Ihrem Motivenbericht oder du bezeichnest in deinem Motivenbericht die Damen und Herren der Firma Leo als, Zitat: Arbeitslose mit Einschränkungen. Bei einer Beauftragung rede ich, also wenn man das jetzt macht, rede ich von vollwertigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die für unsere Lebensqualität einen wichtigen Beitrag leisten würden. Der Verein hat im Statut auch vorgesehen, dass alle im Gemeinderat vertretenen Parteien einen Platz haben. Bei der Vereinsgründung hat mich eines sehr verwundert, dass der Platz für die FPÖ im Speziellen leer geblieben ist, wir haben den Platz für die Frau Gemeinderätin Dr. Andra Sickl reserviert gehabt, weil Sie sich besonders im Univiertel bemüht...

***Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Soll ein ÖVP-Verein bleiben.***

GR. **Hohensinner**: ...der ist leer geblieben, ich war sehr verwundert, habe mich gefragt warum, heute weiß ich es, die FPÖ ist anscheinend nicht bereit, an einer überparteilichen konstruktiven Lösung zu arbeiten, sondern kocht selbst ein überwürztes Süppchen.

***Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Da reden die Richtigen.***

GR. **Hohensinner**: Auf der Internetseite von Bayern, auf der offiziellen Internetseite zu surfen, dort das Konzept einer bayrischen Sicherheitswacht herunterzukopieren, das in den Antrag reinzuschreiben und damit zu argumentieren, ist für mich zu wenig. Sehr geehrte Damen und Herren, unterstützen wir gemeinsam die steirische Lösung, nämlich dass man die Firma Leo beauftragt, dieses schafft Arbeitsplätze, verbessert die Lebensqualität und hat sich bereits bewährt in folgenden Städten, nämlich in Gleisdorf, Fürstenfeld und Schladming. Wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt unsere Zustimmung geben. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Gewisse Dinge werden einfach nicht besser. Man kann sie auch anders taufen, man kann ihnen einen anderen Namen geben, man kann ihnen ein anderes Mascherl geben, ob das aber letztendlich dann Bürgerwehr heißt oder jetzt das neue Wort Sicherheitswacht...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Eichberger:** Naja, zum Ordnungsamt da gibt es schon inhaltlich starke Unterschiede zu dieser Sache, das wird eine magistratsinterne Sache, aber zu diesem vorliegenden Antrag und das geht da, glaube ich nicht, weil sonst hätten wir euch unterstützt, wenn Ihr eine Petition gerichtet hättet, wenn es ums Ordnungsamt gegangen wäre, aber da geht es ja nicht ums Ordnungsamt, sondern um die Sicherheitswacht und eine Petition. Wir hätten euch gerne unterstützt und würden Euch gerne unterstützen, weil uns das Thema Sicherheit und die Fragen, die die Personen in Graz und die Bürgerinnen und Bürger in Graz haben, was die Sicherheit, was die Präsenz von mehr Polizei auf den Straßen betrifft und, und, und, weil uns das ein wirkliches Anliegen ist und wenn Sie heute in einer Wochenzeitung nachlesen, haben wir in Graz in den letzten Jahren leider kein Plus an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, sondern wir haben ein Minus von 30 %, das macht mir Sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, und nicht, dass ich einen neuen zusätzlichen Wachkörper brauche, sondern was wir brauchen, das sind gut ausgebildete öffentliche Bedienstete, die sich Polizistinnen und Polizisten nennen und wir brauchen nicht irgendwelche freiwilligen Helferinnen und Helfer, die glauben, sie können hier Polizeigewalt ausüben oder können Hilfssheriffe oder dergleichen sein und aus diesem Grund und ein sehr deutliches Wort, und wenn der Kollege Lozinsek spricht, die Zeit ist reif, die Zeit ist eben nicht reif für eine Sicherheitswacht, sondern die Zeit wäre überreif für mehr Polizei und auch für unser Ordnungsamt und das ist die Botschaft, die ich euch mitgeben möchte (Applaus SPÖ). Und aus diesem Grund, und mich würde es freuen, gerade ihr, wo ihr ja möglicherweise noch Drähte zur Bundesregierung habt, wenn ihr heute hier einen Antrag gebracht hättet und gefordert hättet, endlich mehr Polizei für die Grazerinnen und Grazer, dann hätten wir euch unterstützt, aber in dem Fall können wir bei diesem Antrag, und ich will auf die inhaltlichen Dinge gar nicht eingehen, was da drinnen steht, an zum Teil wirklich Schwachsinnigkeiten, weil es einfach nicht stimmt, dass es rechtliche Bedenken gäbe gegen ein Ordnungsamt, sondern es gibt möglicherweise da oder dort organisatorische Abläufe im Magistrat zu ändern und unter Umständen eine neue Abteilung zu gründen, das ist das Einzige, was dagegenspräche, aber nicht der

rechtliche Hintergrund und deswegen die Bitte an euch, mehr Polizei, da sind wir bei euch und wenn es um die Frage des Ordnungsamtes geht, würden wir uns auch erwarten, euch an unserer Seite zu haben, wenn euch wirklich die Sicherheit ein Anliegen ist und nicht permanent bei irgendeiner Gemeinderatssitzung mit irgendwelchen Ideen im Hinblick auf eine Bürgerwehr oder eine abgewandelte Bürgerwehr zu kommen. Aus diesem Grund ist die SPÖ gegen die Dringlichkeit und gegen den Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Es wird wenig überraschend sein, wie unsere Position zur nunmehr umgetauften Bürgerwehr ist, die ist relativ klar. Ich hätte mich dann auch gar nicht zu Wort gemeldet, nur weil jetzt auch diese Leo-Geschichte angesprochen worden ist. Ich meine, ich habe da auch Bauchweh, aus einem ganz einfachen Grund, weil ich nicht einsehe, warum soll die Stadt ein Projekt unterstützen mit immerhin meines Wissens 40.000,- Euro, das dazu dient, Missstände zu beseitigen, die aus meiner Sicht nach dem Verursacherprinzip zu beseitigen wären. Und wenn ich mit dem Fahrrad durch die Zinzendorfgasse fahre und dort bei einem Gasthaus nach dem anderen Happy Hours und Tequilla-Stunden um einen Euro und ich weiß nicht was angekündigt sehe, und dann soll die Stadt 40.000 Euro dafür zahlen, dass die folgen dieser Happy Hours etc. nicht so sind, wie sie sind, dann kann ich da einfach nicht mit, dann mag das Projekt sympathisch organisiert sein, wie es will, das soll nach dem Verursacherprinzip auch bezahlt werden. Die Wirte zahlen mit, aber die Wirte sind die Verursacher in diesem Fall und die Kundschaft der Wirte sind die Verursacher und der Verursacher ist nicht die Stadt Graz und sind nicht die Steuerzahler irgendwo in Straßgang, die dann mitzahlen dürfen. Das ist das Bauchweh, das ich da habe und das zweite Unbehagen, das ich habe, das ist diese ständige Vermischung im Ordnungsdienst von Staat beziehungsweise der Ordnungsmacht, dem Sicherheitsdienst und Privat. Wenn die Wirte private Security privat bezahlen, dann ist das ihre Geschichte, dann soll es sein, wenn die Öffentliche Hand anfängt zu differenzieren zwischen Polizei und, und, und, dann wird es schwierig, dann ist es für mich so, ich habe mir schon gedacht, wie der Kollege Miedl angefangen hat, die Bibliotheken über die Post zu organisieren, habe ich mir gedacht, der nächste Vorschlag wird der sein, dass die Streifenpolizisten die Post

austragen. Das hat den Vorteil, sie sind mehr auf der Straße, sie lernen die Stadt kennen und einen Nutzen hat es auch.

**Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Jetzt wo du das sagst.**

**Zwischenruf GR. Kolar: Sag das nicht zu laut, der macht das noch.**

Mag. **Candussi**: Wäre ja eine wunderbare Sache. Wahrscheinlich soll man es nicht zu laut sagen, er macht es dann wirklich. Also unsere Position ist in diesem Sinn relativ einfach, mehr Polizeipräsenz in dieser Sache, die sind dafür da, sind dafür ausgebildet, die werden dafür bezahlt und für die gibt es ganz klare Regeln, an denen wir nicht herumdoktern müssen und wenn es darüber hinaus Bedarf gibt, dann das, was auch sonst bei Großveranstaltungen oder sonst Events notwendig ist, Security, die bezahlt werden von denen, die die Schäden verursachen und das heißt jetzt nicht, das möchte ich sehr wohl angemerkt haben, dass sich die Probleme, die es im Univiertel und auch anderswo in dieser Stadt gibt, irgendwie heruntermachen will. Ich bin am letzten Sonntag um  $\frac{3}{4}$  5 in der Früh zum Schibergsteigen wieder einmal losgefahren durch die Elisabethstraße und habe mir gedacht, wohnen möchte ich dort nicht mehr, so wie es dort zugeht und so wie es dort aussieht. Das ist für mich völlig klar, das mag ich auch nicht irgendwie verniedlichen, aber es gibt dafür einen Dienst und der heißt in Österreich immer noch zum Glück Polizei.

GR. **Lozinsek**: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus Eichberger! Ich finde es ist schon fast eine Verhöhnung der Opposition, wenn man sich nicht einmal die Mühe macht, den Antrag richtig zu lesen und auch nicht die Beilage, die ich dazugeheftet habe. Das ist etwas, also ich würde sagen, es ist eine Verhöhnung der

Opposition. Man könnte sich zumindest die Mühe machen, das durchzulesen. Du hast zum Beispiel davon gesprochen, ich hätte behauptet oder in meinem Antrag würde stehen, rechtliche Bedenken gegenüber dem Ordnungsamt, das steht überhaupt nicht drinnen, es steht drinnen, aus derzeit rechtlichen Rahmenbedingungen und wenn du aufgepasst hättest und auch in diesem Sicherheitsarbeitskreis, und da warst du anwesend, soweit ich mich erinnern kann, wo die ersten Ergebnisse der Magistratsdirektion präsentiert wurden, ist klargemacht worden, dass dieser Artikel in der Bundesverfassung, der uns verbietet einen eigenen Gemeindegewachkörper aufzustellen,...

***Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.***

GR. **Lozinsek:** Ja, lass mich ausreden, vielleicht verstehst du es dann. Dann besteht die Problematik, dass wir jeden Beamten, den wir auf die Straße schicken, der sozusagen hier Verordnungen und Gesetze überwachen und zur Einhaltung losgeschickt wird, zahllos ist, das heißt, er hat nicht die Möglichkeit, jemanden anzuhalten, nach dem Ausweis zu fragen, ihm ein Bußgeld aufzuerlegen, wie auch immer. Die Möglichkeit hat er nicht und ich erinnere an die Worte des Herrn Magistratsdirektors und wenn ich falsch liege, wirst du mich korrigieren, die Gefahr, dass sich unsere Beamten dann mit der Zeit dort lächerlich machen, weil der Radfahrer, dem dann zuwinkt und sagst, du kannst mich, wir wissen eh schon was, die ist verdammt groß und darum geht es. Es sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für so ein Ordnungsamt, wie du es dir wahrscheinlich vorstellst und wie es in unterschiedlichen Städten in Deutschland installiert sind, nicht da, die sind nicht gegeben, das ist nicht möglich. Wenn du ein Ordnungsamt meinst, wie es in vielen deutschen Städten auch der Fall ist, wo unter dem Begriff Ordnungsamt das Gesundheitsamt, das Gewerbeamt involviert ist, ja da brauchen wir nur die Namenstaferln ändern, da machen wir ein Ordnungsamt und sagen, da drinnen sitzt die Anlagenbehörde, das Gewerbeamt, das Gesundheitsamt, wie auch immer, aber da sind wir uns, glaube ich, einig, darum geht es nicht, es geht darum, hier im

Bereich der öffentlichen Sicherheit einen Beitrag zu leisten und es geht mit den derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen nicht. Mehr steht nicht drinnen, das ist Faktum und da brauchen wir nicht herumzudiskutieren und ich habe nichts anderes behauptet, also, wenn du das gelesen hättest, würdest du das auch nicht behaupten, würde ich einmal meinen. Darüber hinaus stellst du die Sicherheitswacht der Bürgerwehr gleich, ich sage jetzt, einer Bürgerwehr, das was wir damals gemacht haben, ist nicht nach einer klassischen Definition eine Bürgerwehr gewesen, die Namensfindung hat sich die Presse erlaubt damals, aber es war nicht im klassischen Sinn eine Bürgerwehr und wenn du auch den Beitzext gelesen hättest, das geht auch an die Adresse des Kollegen Hohensinner, dann würdest du wissen, da steht, die Sicherheitswacht ist keine Hilfspolizei, sie kann und soll die Arbeit der Polizei nicht ersetzen, sondern ergänzen, sie ist auch keine Bürgerwehr, Klammer, die Definition davon: unkontrollierter Zusammenschluss von Bürgern, die glauben...

***Zwischenruf GR. Eichberger: Du kannst noch eine halbe Stunde erklären, es wird nicht besser. Das ist ein Blödsinn.***

GR. **Lozinsek:** Ich weiß, du wirst es auch nach einer halben Stunde nicht verstehen, aber ich versuche es für die anderen Kollegen, die glauben selbst für Recht und Ordnung sorgen zu müssen. Das Ding funktioniert nicht nur in Bayern, sondern in Sachsen-Anhalt, in vielen anderen deutschen Bundesländern, auch wo Sozialdemokraten an der Macht sind, wäre es ganz witzig zu sagen, dass es ein Schwachsinn ist, ich glaube sogar, aber vielleicht irre ich mich da, aber ich bilde mir ein, dass sogar die Gabi Burgstaller gesagt hat, das Modell der bayrischen Sicherheitswacht wäre auch in Salzburg überlegenswert. Vielleicht sagst du ihr beim nächsten Treffen, dass sie schwachsinnig ist und klärst sie über diese Möglichkeiten einer Sicherheitswacht auf.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Lozinsek.** Du kennst das auch schon, ich weiß. Ich weiß auch nicht, ich bin jetzt am Wort, Herr Bürgermeister, würden Sie vielleicht Herrn Vizebürgermeister... danke. Ich weiß auch nicht, wo jetzt der Unterschied liegt, damals hat man bei dieser sogenannten Bürgerwehr kritisiert, das sind keine Professionisten, das sind eben Private, die da vielleicht Hilfssheriff spielen oder Rambo spielen, wo liegt jetzt der Unterschied von den damaligen Personen, die im Wesentlichen besorgte Eltern waren und einen Beitrag leisten wollten, zu den heutigen Personen, die jetzt in einem Arbeitslosenprojekt Leo dabei sind, wo ist jetzt der Unterschied, das sind auch keine Professionisten, also sprich Polizisten, die verfügen über die gleichen rechtlichen...

***Zwischenruf GR. Hohensinner: Du hast es falsch verstanden.***

GR. **Lozinsek:** Und die anderen waren, was waren das, arbeitslose Eltern oder, nein, ich habe das nicht falsch verstanden, ich möchte auch zu deinem Vorwurf, dass ich das jetzt abwerte, wie habe ich es betitelt, Arbeitslose mit Einschränkungen, die Definition stammt nicht von mir, die stammt, vielleicht habe ich das falsch übernommen, aber so war es als Zitat des Leiters von Leo in der Zeitung zu lesen. Er selbst hat also diese Personen offensichtlich als Arbeitslose mit Einschränkungen bezeichnet. Ich möchte das überhaupt nicht abqualifizieren. Ich habe nur, das ist unter Anführungsstrichen gesetzt und die Bezeichnung habe ich als solche übernommen, wie der Verein selbst diese Leute bezeichnet. Das stammt nicht von mir. Ich weiß nicht, was dagegen spricht, wenn man rechtliche Rahmenbedingungen schafft, um eben keine Bürgerwehr zu installieren, um eben keine Hilfspolizei und Hilfssheriffs zu haben, sondern, wenn du es gelesen hättest, würdest Du wissen, dass das Leute sind, die sich bei der Polizei melden müssen, die von der Polizei ausgesucht werden, die von der Polizei geschult werden und die dann in weiterer

Folge von der Polizei eingesetzt werden, deren Einsätze koordiniert werden, der Bedarf geregelt wird. Also so steht es drinnen und wenn man es gelesen hätte, würde man also nicht auf diese schwachsinnige, und jetzt darf ich dich zitieren, schwachsinnige Behauptung kommen, dass es eine Bürgerwehr ist oder eine Hilfspolizei-Geschichte ist, sondern ein Ding, das funktioniert. Danke (*Applaus FPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*